Auszug aus FORVM bei Context XXI

(http://contextxxi.org/der-rote-prinz.html)

erstellt am: 16. November 2026
Datum dieses Beitrags: Oktober 1966

Der rote Prinz

Zum 120. Geburtstag von Aloys Liechtenstein

n ERIKA WEINZIERL

Aloys Prinz Liechtenstein wurde am 18. November 1846 als Sohn des Fürsten Franz aus der zweiten Linie des Hauses Liechtenstein und der Gräfin Julie Potocka in Wien geboren. Sein Weg entsprach zunächst der bei seinen Standesgenossen üblichen Ausbildung und Laufbahn: Absolvierung des Schottengymnasiums und juridische Studien in Wien, Eintritt in das Liechtenstein'sche Hausregiment und schließlich 1869 Aufnahme in die diplomatische Karriere.

In der Hauptstadt des britischen Reiches stößt er zum erstenmal mit voller Gewalt auf das Problem, das ihn von nun an sein Leben lang beschäftigen wird: Er sieht die Auswirkungen der stürmischen Industrialisierung und der liberalen Wirtschaftspolitik. Die soziale Frage seiner Zeit offenbart sich ihm mit all ihren Schrecken. In England lernt er aber auch die Maßnahmen des Staates zur Linderung der ärgsten Not kennen und studiert die Sozialgesetzgebung. Er gewinnt Kontakt mit christlichen Sozialreformern, und das durch die Initiative der „Christian Socialists" aufgebaute englische Genossenschaftswesen beeindruckt ihn nachhaltig.

Liechtensteins nächster diplomatischer Posten war Berlin. In der vom Kulturkampf erregten Hauptstadt tritt er in engen Kontakt mit den politischen Führern der deutschen Katholiken und sieht an ihrem Beispiel, welche Bedeutung der politischen Einigung der Katholiken zukommt. Diese Erkenntnis hat zweifellos den Anlaß zu seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienst über eigenen Wunsch im Herbst 1873 gegeben. Wenige Monate später tritt Liechtenstein mit scharfen Reden gegen die jüngsten konfessionellen Gesetzesvorlagen der liberalen Regierung in Versammlungen des Katholischen Volksvereines an die Öffentlichkeit. Im selben Jahr 1874 befaßte er sich auch bereits eingehend mit der sozialen Frage, „von deren Lösung unser politischer Sieg in naher Zukunft abhängt".

Christlichsoziale Arbeiterpartei

Er hält schon damals die Gründung einer *christlichsozialen Arbeiterpartei* für notwendig und möglich, möchte selbst an ihr aber nicht ohne „Autorisation" der konservativen Politiker jener Zeit mitwirken. Diese Autorisation hat der Prinz allerdings nicht erhalten. Seine Beschäftigung mit sozialen Problemen gibt er jedoch nicht auf. Sie wird durch seine 1875 beginnende Freundschaft mit *Karl von Vogelsang*, dem aus Preußen kommenden Sozialtheoretiker und neuen Redakteur der konservativen Zeitung „Vaterland", nur noch intensiver. Die beiden Männer blieben bis zu Vogelsangs Tod 1890 eng verbunden.

1878 gelingt es Liechtenstein endlich, als Mandatar der Konservativen Salzburger Großgrundbesitzer — in Wirklichkeit einer bäuerlichen Mittelstandskurie — in das Abgeordnetenhaus einzuziehen. Bald gehört er zur Führungsgruppe der Rechtsparteien, in der sein älterer Bruder Alfred ebenfalls eine bedeutende Rolle spielte.

Die national-liberalen „Jung-Tschechen" trieben den Mann, der sich immer wieder für eine gerechte Behandlung der Slawen und ihre Autonomie ausgesprochen hatte, 1889 zum Bruch mit der Konservativen Partei. Seit dem Februar des gleichen Jahres nahm der Prinz regelmäßig an den sogenannten „Enten-Abenden" teil, Zusammenkünften in einem Wiener Gasthaus dieses Namens, in denen der Moraltheologe der Universität Wien, *Professor Schindler,* auf Grund der Ideen Vogelsangs das Programm der jungen Christlichsozialen Partei *Karl Luegers* erarbeitete.

Im Herbst 1890 kandidierte Liechtenstein für die Christlichsozialen im Wiener Wahlbezirk Ottakring-Hernals. Der von den politischen Gegnern als „durchlauchtiger Vorkämpfer der Dummheit", als „frivoler Jesuit" Beschimpfte besiegte seinen liberalen Gegner. Er vertrat den Wahlbezirk bis 1911 im Abgeordnetenhaus, wo er auch 1891 das Programm der christlichsozialen Bewegung verkündete.

Als Krönung seines Lebenswerkes betrachtete er den parlamentarischen Zusammenschluß und damit die Versöhnung der Christlichsozialen Partei mit der Konservativen Partei 1907.

Nach dem Tod Luegers wurde er im März 1910 zu dessen Nachfolger als Parteiführer gewählt, doch befiel den Vierundsechzigjährigen gerade damals ein schweres Darmleiden, das erst nach mehreren lebensgefährlichen Operationen im Oktober 1916 ausgeheilt werden konnte. Bei der Wahlniederlage der Christlichsozialen

1911 verlor auch Liechtenstein sein Mandat im Abgeordnetenhaus. Er wurde aber im selben Jahr in das Herrenhaus berufen.

Während des Krieges beschäftigte er sich vor allem mit der nationalen Frage. Obwohl seine Mahnungen, die Verfassung der Monarchie zu deren Rettung im Sinn nationaler Autonomien umzugestalten, ungehört verhallten, ist der Prinz der Monarchie bis zur letzten Konsequenz treu geblieben. Am Tag des Waffenstillstandes, am 3. November 1918, legte er alle seine staatlichen Ämter und Würden nieder. Er verzichtete auch auf seine Stelle als Vorsitzender der Christlichsozialen Partei, die auf Betreiben ihrer Führer aus Westösterreich der Ausrufung der Republik zustimmte. Auch „das unkluge Votum" des Parlaments für den Anschluß Österreichs an Deutschland und die Unterstützung der deutschnationalen separatistischen Agitation in Böhmen wurden von ihm angegriffen. Seine Kritik veröffentlichte er in der katholisch-konservativen Kulturzeitschrift „Neues Reich" in so temperamentvoller Form, daß selbst die Sozialdemokraten seine nach ihrer Version aus „Senilität und Draufgängertum" gemischten Artikel beachteten.

Vom 4. zum 5. März 1920 erlitt der Prinz eine schwere Gehirnblutung. Die Gedanken des Todkranken kreisten noch in der Agonie um das Thema, das er zuletzt für das „Neue Reich" behandelt hatte: die Offensive Lenins. Am 25. März 1920, dem Eröffnungstag des Wiener Katholikentages 1920, ist Aloys Liechtenstein gestorben. Seine letzten Worte waren: „Kommunisten, Ostfront, Offiziere, vorwärts!"

Schon bei seiner ersten Rede zur sozialen Frage vor der Festversammlung des Katholischen Voiksvereines für Niederösterreich am 18. Mai 1875 erklärte Liechtenstein, daß die soziale Frage, *„diese ungeheilte Wunde am Leibe der Gesellschaft ... von uns, der katholischen Partei in aller Herren Ländern"* gelöst werden müsse. Das letzte Ziel seien dabei Friede und Harmonie unter allen Volksklassen, die Wiedererlangung von festem Besitz und bescheidenem Wohlstand durch die im Elend versinkenden Arbeiter. Zunächst aber sollten von den Ständen und Berufsgenossenschaften ausgehende Sozialgesetze, Umgestaltung der Gewerbegesetzgebung und Neubildung eines Arbeiterrechtes die ärgste Not beheben.

In diesem Sinn legte der Prinz der Versammlung eine Resolution vor, die am damaligen Sozialprogramm des deutschen Katholizismus orientiert war. Sie forderte Wiederbelebung der christlichen Weltanschauung durch christliche Caritas, Zähmung des Egoismus des Einzelnen, die Anerkennung der Klassen der Hilfsarbeiter, des Kleingewerbes und der Landarbeiter durch Errichtung von eigenen Kammern, Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit sowie der Arbeitszeit überhaupt, und die Sonntagsheiligung. Die Versammlung nahm die Resolution mit lebhafter Zustimmung an, so daß dieses Ereignis mit Recht als *„Wendepunkt in der katholisch-konservativen Parteipolitik"* (Getrude Schmitz) bezeichnet worden ist.

Liechtenstein hat dann die Lösungsvorschläge seiner Rede weiter ausgebaut und unter dem Titel *„Über Interessenvertretung im Staate,* mit besonderer Beziehung auf Österreich" anonym veröffentlicht, wodurch Zweifel an seiner Autorschaft entstanden. Diese aufsehenerregende Proklamierung der Vereinigung der Arbeiter mit den Unternehmern zu einem neuen Stand und des Aufbaues einer berufsständischen Gesellschaft stimmt aber nicht nur mit dem Inhalt mehrerer Reden Liechtensteins völlig überein. In unveröffentlichten Aufzeichnungen seiner jüngsten Tochter Marie heißt es außerdem ausdrücklich, daß der Prinz die Broschüre herausgegeben hat.

Auf dem *Ersten österreichischen Katholikentag* im Mai 1877 ist Liechtenstein ebenfalls mit sozialen Forderungen zugunsten der Bauern, der Handwerker und der Arbeiter hervorgetreten. Der sozialen Frage bzw. der unter der Regierung Taaffe beginnenden *staatlichen Sozialgesetzgebung* waren auch die bedeutendsten Parlamentsreden Liechtensteins gewidmet. In seiner Rede am 9. Dezember 1882 zur Vorlage der Gewerbegesetznovelle betont er, *„daß auch für die Arbeiter, die Hilfskräfte der Fabriksindustrie, ohne Säumen etwas geschehen muß. Beeilen wir uns, den Arbeitern gerecht zu werden, damit uns Konservativen nicht nachgesagt werde, wir kümmern uns nur um solche Volksklassen, die das Wahlrecht besitzen, ... Erweisen wir Konservative uns den Arbeitern nützlich, noch bevor wir sie an der Wahlurne brauchen."*

Es war naheliegend, einen Mann, der zu dieser Zeit mit solchen Worten für die Arbeiterschaft eintrat, der 1883 an dem Begräbnis des Revolutionärs und Polizistenmörders Kammerer teilnahm, der Freundschaft mit den Sozialisten zu verdächtigen. Die Liberalen ließen keine Gelegenheit ungenützt, den *„roten Prinzen"* wegen seiner unstandesgemäßen sozialen Neigungen anzugreifen. Einen Höhepunkt erreichte ihre Kampagne im Frühjahr 1883, als die Regierung während der Verhandlungen über das Gesetz betreffend die Bestellung von Gewerbeinspektoren 103 Vertreter der Arbeiter und der Unternehmer zu einer Enquête in das Parlament berief. Die Auswahl der Arbeitervertreter war vom Gewerbeausschuß vorgenommen worden, dem auch Liechtenstein angehörte. Die Liberalen warfen nun dem Prinzen, den sie mit Philippe Egalité verglichen, vor, gerade er habe die radikalen Sozialisten eingeladen. *„Seine Durchlaucht bemuttert die Herren Sozialdemokraten"* war noch eine ihrer mildesten Beschuldigungen.

Liechtenstein nahm an allen Sitzungen der Enquête und gemeinsam mit seinem Bruder Alfred, Vogelsang und dem Grafen Belcredi an einer Zusammenkunft teil, zu der radikal-sozialistische Arbeitervertreter geladen worden waren. Diese wurden dabei aufgefordert, die sozialen Bestrebungen der Regierung Taaffe zu unterstützen oder doch wenigstens keine Opposition zu betreiben. Sie würden dafür die höchst mögliche *Rede-, Preß- und Versammlungsfreiheit* erhalten, und in Kürze werde auch das *allgemeine direkte Wahlrecht* beraten und bewilligt werden.

Durchlaucht und die Sozialisten

Die radikalen Sozialisten sahen in dieser Aufforderung zur Mitarbeit an der

sozialen Befriedung der Monarchie eine Gefahr für die von ihnen angestrebte internationale revolutionäre Arbeiterbewegung. Sie lehnten daher das Angebot als Köder und Mittel zu nur noch größerer Versklavung der Arbeiterschaft brüsk ab.

Ebenso kam es auch bei der Enquête zu einer stürmischen Ablehnung der Vorschläge des Gewerbeausschusses durch die radikalen Arbeitervertreter. Dadurch wurde sechs Jahre vor der Einigung der österreichischen Sozialisten in Hainfeld eine verheißungsvolle Entwicklung im Keime erstickt, die die österreichischen Parteien grundlegend anders gestalten hätte können. Das greifbarste Ergebnis der Enquête blieb daher nur die im Zusammenhang mit ihr angestellte Untersuchung Vogelsangs über *„Die materielle Lage des Arbeiterstandes in Österreich“*, für die auch Sozialisten Daten geliefert hatten, und Liechtenstein die Geldmittel zur Verfügung stellte.

Trotzdem wurde der Prinz nicht müde, im Abgeordnetenhaus immer wieder auf die Bedeutung der sozialen Frage hinzuweisen. Dabei stellte er — wie z.B. in seiner Rede über die Arbeitszeitregelung im Mai 1884 — Prognosen, deren Richtigkeit erst in unserer Zeit ganz ermessen werden kann: *„Diese heute so elende und unstete Classe der Lohnarbeiter ist berufen, in der Zukunft vereint mit den Resten des Kleingewerbes die Rolle eines Mittelstandes zu übernehmen, die in der Vergangenheit das Handwerk gespielt hat, welches ja auch aus höriger Stellung sich zu behäbiger Selbständigkeit emporgerungen hat. Also, meine Herren, Sozialreform durch die oberen Zehntausend und durch die gesetzgebenden Körperschaften oder aber Staatssozialismus und in seinem Gefolge selbstverständlich das absolute System, das Ende aller Freiheit und die Herrschaft des Beamtentums!“*

1885 war Liechtenstein gegen die Stimmen der Rechten für die *Verstaatlichung* der Nordbahn und der Nationalbank, die in der Luft liege und über kurz oder lang unaufhaltsam sei. 1886 führte er als seine Fernziele die Hebung der materiellen Lage des Arbeiterstandes an, der *„consumptionsfähiger“* werden müsse, was aber sicher noch mehr als ein Menschenalter aufopfernder Tätigkeit der gesetzgebenden Faktoren erfordern werde, und die *Altersversorgung* für „alle Veteranen des Fleißes“.

Bei den Verhandlungen über die *Arbeiterunfallversicherung* 1886/87 war er der Referent des zuständigen Parlamentsausschusses und trat als solcher viele Male für die Interessen der Arbeiterschaft ein. Er befürwortete aber auch 1888 das Erbteilungsgesetz, das dem bedrängten Bauernstand helfen werde, und prangerte dabei die „törichte und kindische Jagdpassion“ von Grundherren an, die Bauern deswegen das Weiderecht verweigern.

Im April 1889 stellte er den dann vom ganzen Abgeordnetenhaus approbierten Antrag, das Parlament möge die Regierung auffordern, sich der Schweizer Anregung sofort anzuschließen, die *Arbeiterschutzgesetzgebung* durch internationale Vereinbarungen zu regeln.

Im folgenden Monat hielt er die Schlußrede des Zweiten österreichischen Katholikentages wieder über das soziale Problem. Von ihr nahm selbst *Victor Adler*, der Einiger der österreichischen Sozialdemokratie, in der „Berliner Volkstribüne“ Notiz. Sie sei formell glänzend gewesen, zeichne sich durch scharfe Kritik des Gesellschaftszustandes und selbst durch „die Ahnung der Kenntnis einer historischen Entwicklung der Produktion“ aus: *„Man muß Fürst Liechtenstein sein, um derlei unkonfisziert sagen zu dürfen.“*

Bei seiner ersten Wahlrede als Kandidat der Christlichsozialen Partei 1891 erläuterte er vor allem seine sozialen Bestrebungen. Sie verfolgten kein anderes Ziel als die Wiederherstellung der ehrlichen Arbeit und des sozialen Besitzes. Denn *„wer als Gewerbetreibender vom Schauplatz verschwindet, wird wieder auftauchen, aber als Sozialdemokrat“*. Daher sollten die Genossenschaften größere Unabhängigkeit und mehr Kredite bekommen. Verkürzung der Arbeitszeit, Einführung von Mindestlöhnen, Erleichterung der indirekten Steuern und Verbesserung der Lage der Beamtenschaft waren seine weiteren Forderungen. Das allgemeine Wahlrecht bezeichnete er als unabdingbare Notwendigkeit, wobei er den Arbeitern das Stimmrecht für Arbeiterkammern geben wollte. Aus diesen hätten dann die Arbeitervertreter für das Parlament hervorzugehen.

Den *Antisemitismus* billige er nicht aus rassischen oder religiösen, sondern aus rein wirtschaftlichen Gründen. Hierzu ist zu bemerken, daß der Prinz einen Antisemitismus dieser Art schon lange vor seinem Anschluß an die in ihrer Anfangszeit radikal antisemitische Christlichsoziale Partei vertreten hat, obwohl Juden zu seinen persönlichen Freunden gehörten und er sich ihretwegen sogar die Gunst des Thronfolgers Franz Ferdinand verscherzte. Bei den Christlichsozialen galt er daher als nicht ganz verläßlicher Antisemit.

Bei der Verkündigung des Programmes der christlichsozialen Bewegung am 17. Juni 1891 im Abgeordnetenhaus führte Liechtenstein unter anderem aus, daß die Arbeiterschaft durch Ausnahmegesetze nur in die Arme der Sozialdemokratie getrieben werde. Durch *Erhöhung der Löhne* müsse ihr eine Erhöhung des Lebensstandards ermöglicht, durch Arbeiterkammern das Recht der parlamentarischen Vertretung gewährt werden.

Im selben Jahr 1891 brachte der Prinz im Abgeordnetenhaus Anträge zugunsten der Staatsbeamten, des Personals der Wiener Tramwaygesellschaft, der sogenannten „Weißen Sklaven“, des von neuen kapitalistischen Großbetrieben und Kaufhäusern bedrängten Kleingewerbes und vieler anderer notleidender Bevölkerungsgruppen ein.

Er sprach dabei häufig Diagnosen aus, die den herrschenden Schichten keineswegs selbstverständlich waren. Der Prinz erbrachte durch sie und seine Prognosen den Beweis, daß er — gegen Irrtümer zwar nicht gefeit — die Entwicklung entscheidender politischer und sozialer Fragen auf mehr als ein Menschenalter voraus richtig beurteilt hat. Eine derartige Diagnose vom Mai 1892 soll daher auch seine Würdigung anläßlich seines 120. Geburtstages beschließen. Liechtenstein hat damals im Parlament erklärt, man

übersehe bei der Bekämpfung des Sozialismus immer, daß dessen Hauptforderung nach der Hebung des Lebensniveaus der Arbeiter *„eigentlich ein vollberechtigter Anspruch ist, der sich auf die Dauer nicht wird abweisen lassen. Dieser Anspruch ist keine Utopie, er ist vielmehr moralisch berechtigt und ist materiell ausführbar und darin allein liegt der Grund für die riesigen Erfolge und für die rasche, thatsächlich bisher unaufhaltsame Ausbreitung der socialistischen Doktrinen in den Massen trotz ihrer schrecklichen Auswüchse, Lücken und Mängel“.*

Literatur

- *Joh. Christoph Allmayer-Beck,* Vogelsang. Vom Feudalismus zur Volksbewegung. Wien 1952.
- *Ludwig Brügel,* Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie. 5 Bde., Wien 1922-1925.
- *Friedrich Funder,* Prinz Aloys Liechtenstein. In: Staatslexikon der Görtesgesellschaft, 5. Auflage, 3. Band, 1929.
- *Derselbe,* Vom Gestern ins Heute. Wien 1952.
- *Derselbe,* Aufbruch zur christlichen Sozialreform. Wien-München 1953.
- *Wiard Klopp,* Leben und Wirken des Sozialpolitikers Freiherrn von Vogelsang. Wien 1930.
- *Rudolf Kuppe,* Dr. Karl Lueger. Persönlichkeit und Wirken. Wien 1947.
- *Friedrich Lerch,* Die Konservativen und die österreichische soziale Gesetzgebung in der Ära Taaffe. Ungedr. phil. Diss., Wien 1948.
- *Norbert Miko,* Die Vereinigung der Christlichsozialen Reichspartei und des Katholisch-konservativen Zentrums im Jahre 1907. Ungedr. phil. Diss., Wien 1949.
- *Gertrude Schmitz,* Die Entwicklungsgeschichte der christlichen Volksbewegung in Österreich (1875 bis 1891). Ungedr. phil. Diss., Wien 1938.
- *Gerhard Silberbauer,* Österreichs Katholiken und die Arbeiterfrage. Graz-Wien-Köln 1966.
- *Kurt Skalnik,* Dr. Karl Lueger. Der Mann zwischen den Zeiten. Wien-München 1954.
- *Walter Stöger,* Das Verhältnis der Konservativen zur Christlichsozialen Partei. Ungedr. phil. Diss., Wien 1949.
- *Erika Weinzierl-Fischer,* Aloys Prinz Liechtenstein. In: Große Österreicher XIV, Zürich-Leipzig-Wien 1960.
- *Dieselbe,* Aus den Anfängen der christlichsozialen Bewegung in Österreich. Nach der Korrespondenz des Grafen Anton Pergen. In: Mitteilungen des Österr. Staatsarchivs 14, 1966.

Lizenz dieses Beitrags
Copyright
© Copyright liegt beim Autor / bei der Autorin des Artikels